

Der VDR stellt sich neu auf – 25. Bundesrealschultag in Mannheim

TEXT Ralf Neugschwender | FOTOS VDR

Im Audimax legte der VDR die Weichen für die Zukunft



Die Delegierten bei der Abstimmung

Hörsaal. Der Name des Raumes, in dem die internen Beratungen des 25. Bundesrealschultages stattfanden, war Programm. 101 anwesende und stimmberechtigte Delegierte fühlten sich an ihre Zeit an der Uni zurückversetzt und so fanden die formalen Entscheidungen des Delegiertentages in Arbeitsatmosphäre statt. Nach Begrüßung und Eröffnung durch den Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm stellte Bundesgeschäftsführer Ralf Neugschwender die Beschlussfähigkeit fest. Auf Vorschlag des ausrichtenden Realschullehrerverbandes Baden-Württemberg

wurde ein Präsidium gewählt. Andreas Kuhn führte als Versammlungsleiter souverän und unaufgeregt durch die Tagesordnung. Ihm zur Seite standen Bettina Bochtler und Anton Blank sowie Ralf Merkle und Florian Gantner als Protokollanten. Den Wahlausschuss leitete Marlon Lamour zusammen mit Prof. Dr. Konrad Fees und Michael Eich, der aus Rheinland-Pfalz unterstützte. Eine erste »Vorlesung« im Hörsaal folgte durch den Tätigkeitsbericht des Geschäftsführenden Vorstands, den Jürgen Böhm darlegte. Aufmerksam folgten die Delegierten den vielen Aktionen, Veranstaltungen und Initiativen, die der Vorstand des VDR in den letzten vier Jahren auf die Beine gestellt hatte (siehe auch *dbr* 02/2022, Seite 6 – 9). Der Kassenbericht, den der scheidende Bundesschatzmeister Ulrich Brambach vortrug, zeigte auf, dass es gelungen war durch vielfältige Einsparmaß-

nahmen sowie das Engagement der wirtschaftlichen Partner des VDR dem neuen Vorstand eine tragfähige finanzielle Basis zu übergeben. Die Kassenprüfer Karsten Vitz und Jakob Pritscher bescheinigten eine ordentliche Kassenführung und beantragten die Entlastung. Die Delegierten entlasteten sowohl den geschäftsführenden Vorstand als auch den Schatzmeister. Auch ein Haushaltsvoranschlag sowie die Haushaltsatzung für die nächste Legislatur erhielt die Zustimmung der Delegierten. Anschließend wurden kleinere Änderungen in der Satzung beschlossen, sodass der geschäftsführende Vorstand des VDR auf sieben Personen verkleinert wurde, die Jugendvertretung des VDR sich künftig eigenständig organisiert und die



Bundesvorsitzender Jürgen Böhm präsentiert den Tätigkeitsbericht



Bundesgeschäftsführer Ralf Neugschwender stellt die Beschlussfähigkeit fest



VDR-Pressesprecherin Waltraud Eder stellt sich vor

Vorsitzenden der Querschnittsorganisationen der Frauen, Senioren und der Jugend künftig als feste Delegierte gesetzt sind. Nach der Wahl des neuen geschäftsführenden Vorstandes (siehe Artikel rechts unten) verabschiedete der Bundesvorsitzende die auscheidenden Vorstandsmitglieder. Über zwei



Bernd Bischoff bei seiner Bewerbungsrede für den stellvertretenden Bundesvorsitz

Tage hinweg nahmen die Antragsberatungen einen breiten Raum innerhalb des Delegiertentages ein. Dabei zeigte sich: Von Nord nach Süd oder von West nach Ost standen vielfach ähnliche Themenfelder im Mittelpunkt. So unterschiedlich das Schulsystem in den verschiedenen Bundesländern auch sein mag, die Delegierten waren sich in der Zielrichtung weitgehend einig und so wurden viele Anträge ohne Aussprache und einstimmig beschlossen. Auch billigten die Delegierten auf Antrag des geschäftsführenden Vorstands einen Dringlichkeitsantrag, der eine Zeitenwende in der Bildung mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland einfordert. Nach den Schlussworten durch den Vorsitzenden zollten die Delegierten ihren Beifall für eine gelungene Veranstaltung in den Sitzreihen – ganz studentischer Brauch – durch das Klopfen auf die Pulte.



Der Wahlausschuss beim Auszählen



Von links nach rechts: Ingo Lürbke, Bundesschatzmeister (NRW), Sven Christoffer, stv. Bundesvorsitzender (NRW), Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender, Bernd Bischoff, stv. Bundesvorsitzender (Bayern), Waltraud Eder, Pressesprecherin, auch zuständig für Öffentlichkeitsarbeit und Bundes-Verbandszeitschrift (Bayern), Dirk Meußner, stv. Bundesvorsitzender (Schleswig-Holstein), Ralf Neugschwender, Bundesgeschäftsführer, auf dem Bild fehlt: Anna-Katharina Müller, Schriftführerin (Sachsen-Anhalt)

Mehr Bildung – Mehr Realität – Mehr Schule!

Realschule und mehr!

Vielfalt in Freiheit!

Im Rahmen der Delegiertentagung fanden auch die Neuwahlen des Verbandes statt. Jürgen Böhm wurde als Bundesvorsitzender bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Bernd Bischoff aus Bayern, Sven Christoffer aus Nordrhein-Westfalen und Dirk Meußner aus Schleswig-Holstein gewählt. Neuer Schatzmeister wur-

de Ingo Lürbke (Nordrhein-Westfalen). Waltraud Eder aus Bayern erhielt weiterhin das Vertrauen für die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und kümmert sich fortan auch um die Bundes-Verbandszeitschrift »Bildung Real«. Gewählte Schriftführerin ist Anna Katharina Müller aus Sachsen-Anhalt. ♦



Protokollführer und Präsidium

Der parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zeichnet auf dem Bundesrealschultag die Lehrkräfte aus.

TEXT Waltraud Eder | FOTOS VDR

Dr. Jens Brandenburg lobt Engagement der Lehrkräfte

In seiner Festrede betonte Dr. Brandenburg die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Bildungspolitik auf allen Ebenen. Dies kann auch und gerade durch den Bildungsföderalismus gelingen, ein System, das in den Augen Brandenburgs dauerhaft bestehen soll. Es sei gut, dass die Kultushoheit bei den Ländern liege.

Der Staatssekretär ging besonders auf die großen Herausforderungen ein, vor die sich die Schulfamilien gestellt sehen:

Die Pandemie sei nach wie vor eine enorm große Belastung für Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen und die Eltern. Als Lösung in dieser schwierigen Zeit wurde die Digitalisierung an Schulen vorangetrieben und weiter umgesetzt.

Um die soziale Abhängigkeit zu minimieren, stellte Brandenburg ein Startchancenprogramm vor, das Schulen mit dem Fokus auf die Sozialarbeit unterstützen solle.

Des Weiteren hob er die berufliche Bildung als wesentliches Thema in der Bildung hervor: Man müsse endlich eine Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung schaffen. Im anschließenden Talk



Dr. Jens Brandenburg bei seiner Festrede

stellte der Staatssekretär ein Exzellenzprogramm »Berufliche Bildung« vor, das als zentrale Inhalte die Berufsorientierung, die Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung und eine intensivierte Be-

gabtenförderung hat. Das Bildungsministerium solle Stipendienprogramme nicht nur für Studiengänge, sondern auch für die berufliche Bildung, für Auszubildende und in der Weiterbildung bereitstellen.

Zudem müsse die Lehrkräftequalifizierung bedeutender Bestandteil in den Diskussionen und Bestrebungen der Bildungspolitik sein. In der Debatte wurden insbesondere die schulartspezifische Lehrkräfteausbildung erörtert, sowie ein umfassendes zweijähriges Referendariat, das auch mit Grundlage und Voraussetzung für eine entsprechende Bezahlung von Lehrkräften bietet und eine Fortbildungsmöglichkeit für Lehrkräfte auch während der Arbeitszeiten. Der Beamtenstatus für Lehrkräfte würde langsam in den Ländern umgesetzt, so z. B. in Berlin, um junge Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2018 in Karlsruhe entschieden, dass eine Lehrkraft hoheitliche Aufgaben erfülle.

Der gemeinsame Talk lässt auf weitere spannende Diskussionen hoffen, die die Entwicklungen in der Bildungspolitik vorantreiben können. ♦

Impressionen zum 25. Bundesrealschultag in Mannheim

VDR
Verband Deutscher Realschullehrer



Das Publikum verfolgt gespannt die Festveranstaltung



Im Talk – Dr. Jens Brandenburg, Waltraud Eder, Jürgen Böhm



Landesvorsitzende Dr. Karin Broszat begrüßt die Ehrengäste



Big Band der Merian Realschule Ladenburg



Staatssekretär Volker Schebesta aus Baden-Württemberg



Bürgermeisterin Prof. Dr. Diana Pretzell und Bundesvorsitzender Jürgen Böhm



Schülerband der Johannes-Kepler-Realschule Heidelberg



dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach



Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbands Joachim Maiß



Jürgen Böhm verabschiedet die scheidenden Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands

Rede des Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm am 1. April 2022 – 25. Bundesrealschultag in Mannheim
(Zusammenfassung)

TEXT Jürgen Böhm | FOTO VDR

Für eine Zeitenwende in der deutschen Bildungspolitik

Zum 25. Mal trafen sich Anfang April Pädagoginnen und Pädagogen aus allen Teilen Deutschlands in Mannheim, um über die Weiterentwicklung und die Anforderungen an das Bildungswesen in Deutschland zu debattieren.

Das Motto: **Mehr Bildung! Mehr Realität! Mehr Schule!** Bereits 1950, als der 1. Bundesrealschultag in Köln stattfand – ein Jahr nach der Gründung der jungen Bundesrepublik, fünf Jahre nach der Beendigung der Katastrophe des 2. Weltkrieges – hätte das Motto von 2022 bereits gepasst.

Auf der einen Seite der Weltkugel (vor dem Eisernen Vorhang) stand damals real, die Idee der Freiheit, der individuellen Entwicklung, der Entfaltung der Persönlichkeit – und auf der anderen Seite des Globus, die der ideologischen Vorgabe von Lebenswegen, der Diktatur eines scheinbaren Ideals, das die Welt vereinheitlicht, scheinbare Gleichheit vor Freiheit.

Zwei Vorstellungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Bildung standen sich 1950 unversöhnlich gegenüber – bis 1989/90 friedliche Revolutionen in Deutschland und Europa die Diktatoren vom Tisch wischten. Wir glaubten, das Ende der Geschichte sei erreicht, wie es der amerikanische Historiker Francis Fukuyama in einem 1989 veröffentlichten Artikel in der Zeitschrift »The National Interest« und in seinem 1992 erschienenen Buch mit dem Titel – »The End of History and the Last Man« behauptete. Fukuyama vertrat die These, dass sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der von ihr abhängigen sozialistischen Staaten bald die Prinzipien des Liberalismus in Form von Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchsetzen würden. Die Demokratie habe sich deshalb als Ordnungsmodell durchgesetzt, weil sie das menschliche Bedürfnis nach sozialer Anerkennung relativ gesehen besser befriedige als alle anderen Systeme. Mit dem Sieg dieses Modells ende der Kampf um Anerkennung und es entfalle das Antriebsmoment der Geschichte.

Teilweise entfiel wohl in den letzten 30 Jahren auch das Antriebsmoment zu glauben, dass zum Erhalt der Freiheit, Bildung,



Leistung und Individualität gehören. Sehr leichtfertig hechelte man teilweise ideologischen Bildungsphantasien hinterher. »Abitur für alle« – titelte etwa eine Partei zum Bundestagswahlkampf 2005.

Was ist uns die Freiheit wert?

Wir konnten es uns nicht mehr vorstellen, dass die demokratische Grundordnung in Europa jemals wieder erschüttert oder in Frage gestellt werden kann. Trotz der Balkankriege der 90er Jahre und der zunehmenden Aggressionen autoritär geführter Staaten im Nahen Osten, in der Kaukasusregion und in Mittel- und Ostasien, wurden die Zeichen der Unfreiheit und Diktatur auch von uns Deut-

schen gern übersehen. Sicherungssysteme zur Verteidigung unserer Freiheit, wie die Bundeswehr, wurden vernachlässigt und oft spielte die Wunschvorstellung von gefühlter Sicherheit und scheinbar unverzichtbarer wirtschaftlicher Erweiterung und Globalisierung die entscheidende Rolle.

Bis hin zur Energiepolitik verließ man sich bis zum Ende der Illusion auf lupenreine Autokraten, machte gerne gute Geschäfte und sonnte sich in der Zufriedenheit, ja nur von Freunden »umzingelt« zu sein. Nun scheint die Zeit des Imperialismus zurück – »Putin-Russland« versucht sich in der Wiederherstellung eines russisch dominierten »Neu-Sowjetreiches« in den Grenzen von 1989(?), 1945(?), 1914(?) und China steht schon in den Startlöchern zum »Sprung« nach Taiwan.

Und die Ampelkoalition inklusive des neuen Kanzlers und der Koalitionspartner muss nun von liebgewonnenen Narrativen in der Sicherheitspolitik, in der Energiepolitik und auch in der Finanzpolitik Abschied nehmen.

Auf die Bildung im Land wird das Auswirkungen haben. Jungen Menschen muss der Wert der Freiheit wieder klar vor Augen geführt werden, der Wert der individuellen Entwicklung. Nicht die ideologisierte Gleichheit zählt, sondern Freiheit der Entscheidung! Hatten wir es eventuell schon vergessen oder dem scheinbaren Luxus der globalen Märkte geopfert? Wir sind sehr brutal aufgerüttelt worden und in der harten Realität der Angriffe auf unser demokratisches System aufgewacht. Wir können nicht wegschauen, es nicht ignorieren und uns nicht freikaufen. Angesichts Tausender Toter, Millionen von Flüchtlingen in Europa, dem Angriff auf unser europäisches Haus mit Millionen von zerstörten Biographien müssen wir handeln und Farbe bekennen. Nicht nur in den Schulen!

Wir müssen helfen – und wir werden helfen! Solidarität mit einem freien Land – wir müssen mit der freien Ukraine die Freiheit von uns allen verteidigen. Am 27. Februar bezeichnete es Kanzler Scholz im Bundestag als Zeitenwende – und es darf definitiv nicht das Ende der Geschichte sein.

Bildung. Real. Schule.

Brauchen wir eine solche Zeitenwende nicht auch in der Bildungspolitik oder besser in unserem Verständnis von Bildung?

Ja, wir müssen die Bildung in unserem Land wieder an den Realitäten ausrichten!

Nein, es gibt keine Königswege in der Bildung!

Nein, es gibt keine minderwertigen oder zu vernachlässigende Schulabschlüsse!

Nein, die Akademisierung der Gesellschaft ist nicht die Lösung.

Und nein, eine Schule für alle ist ein Fehlversprechen – ideologisiert und monetarisiert, dass nie zum Ziel führen kann. Bildung steht als Begriff oder in Zusammensetzungen fast 200 Mal im Koalitionsvertrag der Ampel vom Herbst 2021 – scheinbar ist angekommen, dass wir gerade in der Bildung einiges versäumt haben.

Wir jammern über zu lange Ausbildungszeiten, wir jammern über zu wenig Interesse an der dualen Berufsausbildung, jammern über den Fachkräftemangel, fehlende Bewerber im öffentlichen Dienst und wir schaffen es einfach nicht, allen Jugendlichen einen qualitativen, allgemeinbildenden Schulabschluss zu ermöglichen. Und ich meine dabei alle drei Abschlüsse die in Deutschland erreicht werden können – den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss und das Abitur! (*alle drei wichtig – in der öffentlichen Darstellung kommt oft leider nur das Abitur vor...*).

Wir haben differenzierte und berufliche Bildungswege schlecht geredet oder abqualifiziert – den Menschen in unserem Land wurde die Lösung aller Probleme in der Akademisierung versprochen.

Die realen Zahlen sprechen eine andere Sprache – Stichwort Fachkräftemangel, Generation Praktikum, enttäuschte Jungakademiker mit unerwartet niedrigen Einkommen, babylonisches Studiengangswirrwarr... Wir dürfen in der Bildung keine Wege erzeugen, die von Fehlanreizen und Umwegen gekennzeichnet sind. Nicht erst im Alter von 20 Jahren sollte eine duale Berufsausbildung beginnen und nicht erst mit 35 sollte ein Studium beendet werden – das geht an der Realität vorbei und wird unsere freie Gesellschaft nicht stärken. Talente werden auf verschiedenen, differenzierten Wegen gefördert und motiviert. Leistung muss wieder ein klares Kriterium für Bildung werden und Leistung kann nicht einfach wegdiskutiert werden – Abschlüsse und Übertritte können nicht nach Quote, ohne Leistung und nur mit »gutem Willen« erfolgen. Wir verzeichnen zu viele Abbrüche in den akademischen Studiengängen und in der dualen Berufsausbildung. 75 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg und Bayern sprechen sich eindeutig für die Realschulbildung und die Realschule aus. Das sind aktuelle Zahlen einer INSA-Umfrage aus dem Herbst 2021. Mittlerweile traut die Bevölkerung nicht mehr den Gleichheitsversprechen und der Einebnung der Bildungsgänge. Man hat es sich in den vergangenen Jahren zu leicht gemacht, hat den Rotstift angesetzt, hat Einheits- oder Gemeinschaftsschulen geschaffen und Schulabschlüsse versprochen, die nie erreicht wurden oder nie die Qualität darstellten, die man gebraucht hätte oder jetzt so dringend benötigt.

Ideologisierte Diskussionen beenden!

Jegliche Versuche und Versuchungen zur Schwächung oder Umstrukturierung der starken Realschulen im Land müssen verhindert werden! Das Grußwort des baden-württembergischen Ministerpräsidenten an den 25. Bundesrealschultag lässt jedenfalls aufhorchen und sollte das weitere Handeln bestimmen. Ich zitiere Winfried Kretschmann: »Die Realschulen gehören zweifellos zu den tragenden Säulen unseres Bildungssystems. Bildhaft gesprochen sind sie in der Mitte verortet, als eine Schulform, die junge Menschen sowohl auf eine Berufsausbildung als auch auf eine weiterführende Studienqualifizierung vorbereitet. Sie haben damit ihren festen Platz in einem vielgliedrigen Schulsystem, das ermöglichen soll, die Vielfalt der Talente zu fördern. Denn wir stehen in der Pflicht, unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf ein erfolgreiches Berufsleben vorzubereiten.«

Ich kann jedes Wort nur unterschreiben und verstehe vor diesem Hintergrund die Diskussion in diesem Land seit 2011 überhaupt nicht! Bereits im Jahr 2018 hat eine Forsa-Studie festgestellt, dass die Menschen in Schleswig-Holstein zu 66% die Abschaffung der Realschulen im Land als Fehler betrachten und dadurch die Bildungsqualität in Schleswig-Holstein schwächen. Dieses Beispiel zeigt: die Fakten sprechen für sich, doch man orientierte und orientiert sich weiterhin an ideologisierten, träumerischen Heilsvorgaben, dass Bildung ohne Leistung, ohne Noten, ohne Differenzierung, ohne Bezug zur Realität funktioniere.

Starke differenzierte Bildung für eine starke Demokratie und eine freiheitliche Gesellschaft

Es bedarf einer Zeitenwende in der Bildung mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland. Insbesondere sind alle Bestrebungen der Vereinheitlichungen, der Gleichmacherei und Leistungsegalisierung der Bildungswege abzulehnen.

Wer jungen Menschen die Vielfalt der differenzierten Bildungswege versagt und individuelle Stärken nicht fördert, muss sich nicht wundern, dass die Realität und Qualität

Fortsetzung auf Seite 12 ↻

der Bildung in Deutschland den notwendigen Anforderungen der realen Gegenwart nicht entsprechen. Angesichts des Verlustes an Bildungsqualität in Deutschland muss die Politik endlich in der Realität ankommen.

Schulstrukturexperimente sind gescheitert und haben die individuelle Freiheit und die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen vernachlässigt – Fehlreize gesetzt – Schulabschlüsse entwertet – Bildungszeiten unnötig in die Länge gezogen und mit einer fatalen Fehlsteuerung zu einem extremen Fachkräftemangel geführt.

Bildung an den realen Bedürfnissen junger Menschen ausrichten

Die Realität erfordert ein Umdenken hin zu mehr Vielfalt, mehr Qualität, mehr Chancen: Junge Menschen wollen ihre Individualität und Unterschiedlichkeit aus- und erleben.

- **Junge Menschen wollen Leistungsanreize.**
- **Junge Menschen wollen auf die Herausforderungen der Gegenwart vorbereitet werden.**
- **Junge Menschen wollen demokratische Freiheiten erproben – Lebensziele auf unterschiedlichem Weg erreichen.**
- **Junge Menschen wollen echte Wahlfreiheit in ihrer Bildungsbiografie und fordern zurecht Bildungsbeteiligung ein.**

Dazu müssen die Rahmenbedingungen an unseren Schulen im Land verbessert werden. Es ist unverantwortlich, dass die Lehrerausbildung ein Schattendasein an den Universitäten fristet und die Qualitätsoffensive Lehrerbildung des Bundes völlig unterfinanziert ist.

Es ist unverantwortlich, dass der Beamtenstatus der Lehrkräfte so lange diskutiert werden musste, bis jetzt selbst das Land Berlin diesen wieder umsetzen muss.

Ich verweise auf den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Professor Voßkuhle, der bei seiner Urteilsbegründung am 18. Juni 2018 in Karlsruhe klar herausstellte: »Schule und Bildung sind eindeutig hoheitliche Aufgaben!«

Mehr Vielfalt, mehr Qualität, mehr Chancen!

Es war unverantwortlich in den vergangenen Jahren von einer demographischen Rendite im Bildungsbereich zu sprechen und den entsprechenden Lehrkräftenachwuchs nicht zu generieren – entsprechende Anreize für das Lehramt zu schaffen. Der Lehrkräftemangel trat nicht nur in der Coronakrise zu Tage, er verstärkt sich nun bei der Aufgabe Tausende von ukrainischen Kindern in den Schulen aufzufangen. Wir haben keine personellen Ressourcen an unseren Schulen und on Top geht es einfach nicht mehr!

Seit Jahren fordern wir eine bessere Personalausstattung der Schulen mit einer integrierten Lehrerreserve, um genau die von uns differenzierte Bildung qualitativ umzusetzen.

Es war und ist unverantwortlich Lehrkräfte nicht mit der Einstiegsbesoldung A13 auszustatten – und wir unterstützen ausdrücklich die Initiative unseres Landesverbandes lehrernrw, gerade um die Eingangsbesoldung A13 zu kämpfen. Wir fordern diese Anpassung der Besoldung natürlich auch für unsere Kollegen an den Realschulen und Oberschulen in Niedersachsen und an den anderen differenzierten Schularten in den Bundesländern.

Es war unverantwortlich, dass Unternehmensberatungen wie McKinsey in den vergangenen Jahren über die Effizienz von Schule bestimmten und Renditen errechneten. Wer an der Bildung spart, der spart das demokratische Gemeinwesen unsere freie Gesellschaft kaputt.

Es war unverantwortlich, dass teuer bezahlte Gutachten, wie die der Bertelsmann-Stiftung mit ideologisierten Bildungsansätzen und falschen Anleihen an internationale Bildungsvergleichen, differenzierte Strukturen in Deutschland verteuerten und den gesamten Bereich der beruflichen Bildung ein-

fach abqualifizierten. Bildungsverlierer wurden definiert, wenn ein Kind aus einer Akademikerfamilie keinen akademischen, sondern einen beruflich-fachlichen Weg einschlägt. Völlig unrealistisch und akademisch abgehoben! Genau das diskreditiert die Vielfalt der Bildung – erzeugt Frustrationen – und führt zu den Fehlentwicklungen wie Fachkräftemangel, Demotivation und Qualitätsabbau.

Wir brauchen wieder klare Inhalte in der Bildung und eine Ausrichtung am realen gesellschaftlichen Leben. Neben den Kernfächern, die wir nicht verwässern oder in Kombifächern verhüllen wollen, gehören Digitalisierung, ökonomische Bildung, die Orientierung an den technischen und wissenschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zur Realschulbildung. Jungen Menschen müssen ökonomische Zusammenhänge vermittelt werden, damit sie diese ökonomischen Grundlagen als Grundlagen der Freiheit verstehen und als mündige Bürger entsprechend entscheiden können. Das gehört zur »Grund-DNA« der Realschulbildung. Und die Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenhänge gehören in die Schulen hinein und Schüler und Schülerinnen in die Wirtschaft hinaus. Wirtschaft und Mittelstand sind Partner von Bildung. Wir engagieren uns in klaren Allianzen mit den Vertretern der Wirtschaft. Vom Elfenbeinturm aus können wir keine umfassende, zeitgemäße und moderne Bildung gestalten – vielfältig eben.

Es wird sich zeigen, dass die Kräfte der Freiheit, der Vielfalt, der Kreativität überlegen sind gegenüber den Despoten, Autokraten, Ideologen und Gleichmachern.

Wir leben in einer Zeitenwende und es ist längst nicht das Ende der Geschichte – es ist eine Chance diese Freiheit zu stärken – gerade mit den großartigen Möglichkeiten einer vielfältigen Bildung. ♦

Jürgen Böhm

Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR)

Die Delegation des Bundesvorstands des Deutschen Realschullehrerverbands stellte sich am Vortag der Neuwahlen bei Mannheims Oberbürgermeisterin Dr. Peter Kurz vor.

TEXT Waltraud Eder | FOTOS VDR

Empfang bei Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz

Mannheims Oberbürgermeister war früher Bildungsdezernent und wurde 2021 von der City Majors Foundation in London zum Weltbürgermeister ausgezeichnet.

Als wesentliche Aufgaben sieht er für sich die Bildung und die Betreuung von Schülerinnen und Schülern an den Schulen. Eine funktionierende Ganztagsbetreuung sieht er als besonders wichtig an. In einer sehr schnell wachsenden Stadt mit einem Migrationsanteil von etwa 60 Prozent an den Schulen ist dies für die Stadt eine besondere Herausforderung. So empfand Peter Kurz als Sozialdemokrat die Schaffung eines dreigliedrigen Schulsystems als wichtigen Schritt, musste sich aber dann einem daraus resultierenden sechsgliedrigen Schulsystem gegenübersehen. Eine Entwicklung, die ihn ernüchterte.

Als große Transformationen sieht Kurz den Fachkräftemangel, eine funktionierende Digitalisierung, die schwer ohne ebendiese Fachkräfte umzusetzen ist, die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung und die Gewinnung von Lehrkräften.

Der Bundesvorsitzende Jürgen Böhm beglückwünschte den Oberbürgermeister zu der Erkenntnis, dass ein vielgliedriges Schulsystem die Lösung und Antwort in der Bildungslandschaft sein muss. In den vergangenen Jahren hätte es bundesweit viele Schulreformen, die nicht zu den gewünsch-



Verbandsvorsitzender Jürgen Böhm und Oberbürgermeister der Stadt Mannheim Dr. Peter Kurz (re.)

ten Erfolge geführt hätten. Auch Böhm sieht die größten Herausforderungen in der Bildung in der Digitalisierung und in der Fachkräftegewinnung und verwies auf die Zukunftswendesituation, der sich Deutschland gegenüberstellt.

Man müsse sich auf die Realitäten besinnen, die man vorfände und verwies auf den Leitantrag der Bundesdelegiertentagung. Mit den Krisensituationen, der

Pandemie und einem Krieg in Europa, sieht sich Deutschland konfrontiert.

Böhm bat den Dr. Kurz die Sinnhaftigkeit von Bildung zu beachten, eine realistische Chancengerechtigkeit in der Bildung zu schaffen und sich als frühere Residenzstadt, als Stadt der Dichter und Denker und als Stadt der Lokomotive »Adler« weiterhin für die Zukunft aufzustellen. ♦



Die Delegation des Bundesvorstandes zu Besuch im Rathaus der Stadt Mannheim